

Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
Bezirk Braunschweig  
Antragsteller: Arbeitsgemeinschaft SPD 60plus

Beschluss des Bezirksvorstands und Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion:

Der Bundesminister der Finanzen spürt seine Verantwortung, die Auswirkungen der aktuellen Bankenkrise mit staatlichen Transferleistungen in Grenzen zu halten.

Wir fordern den Bundesminister der Finanzen auf, eventuelle Leistungen des Staates mit Gegenleistungen der Finanzwirtschaft zu verknüpfen.

Wer in guten Zeiten jede staatliche Regulierung für Teufelswerk hält, hat auch in schlechten Zeiten, wenn die Selbstheilungskräfte des Marktes versagen, keinen Anspruch auf dieses „Teufelswerk“.

Wer bei Krediten an mittelständische Unternehmer und an den „Kleinen Mann“ fast jedes Risiko scheut, bei der Aussicht auf schnelle Gewinne und steigende Börsenkurse jedoch verantwortungslos vabanque spielt, hat keinen Anspruch auf staatliche Hilfestellung.

Wer nach dubiosen Spekulationen mit so gigantischem Ausmaß anschließend hohe Abschreibungen vornehmen muss, minimiert sein eigenes Risiko, sorgt aber dafür, dass dem Staat erhebliche Steuereinnahmen entgehen. Es kann nicht gerecht sein, dass die Verluste aus diesen Geschäften sozialisiert werden.

Wer seinen zahlungskräftigen Kunden gern dabei behilflich war, deren Kapital am Finanzamt vorbei in Steueroasen anzulegen, hat den Staat geschädigt und hat keinen Anspruch darauf, beim Staat die Hand aufzuhalten.

Dennoch hat der Staat die Verpflichtung, Schaden von der Volkswirtschaft abzuwenden. Es ist jedoch ein **Gebot der sozialen Gerechtigkeit**, das Prinzip „Fördern und Fordern“ **nicht nur bei sozialen** Transferleistungen durchzusetzen.

Folgende Möglichkeiten, die Transferleistungen des Staates an die Finanzwirtschaft mit Bedingungen zu knüpfen, kommen in Frage:

- Staatsschulden bei den Finanzinstituten mit Transferleistungen verrechnen
- Rückzahlungsverpflichtung zu marktüblichen Zinsen innerhalb einer Legislaturperiode
- Bankenaufsicht verschärfen, Transparenz schaffen
- Effiziente staatliche Kontrollen bei internationalen Finanzgeschäften einführen
- Steuerpflicht für Gewinne aus der Veräußerung von Beteiligungen an Kapitalgesellschaften wieder einführen
- Weitere Steuerschlupflöcher für Kapitalgesellschaften zustopfen
- Abfindungen für ausscheidende Manager dürfen steuerrechtlich nicht absetzbar sein
- Massenentlassungen bei gleichzeitig guter Gewinnsituation der betreffenden Gesellschaft müssen an schmerzhaft Bedingungen geknüpft werden (50% der Dividendenausschüttung an die Rentenkasse)